

# Politische Rundschau.

## Deutschland.

\* Der Kaiser empfing am Dienstag mittag die Präsidenten beider Häuser des preuss. Landtages.

\* Prinz Heinrich, der zum Tausch der kaiserlichen Yacht nach Amerika geht, wird vom Präsidenten Roosevelt sehr herzlich empfangen werden. Der „Sohenzollern“ fährt ein nordamerikanisches Geschwader zur Begrüßung entgegen.

\* Der „Ndn. Ztg.“ zufolge herrscht in den englischen politischen Kreisen bittere Erregung. Man hört die Erwartung aussprechen, der Berliner Besuch des Prinzen von Wales werde unter den jetzigen Umständen nach der vielfach als höchst unhöflich und verlegend empfundenen Ausrufung der „Nordb. Ztg.“, als sei der Thronfolger nicht eingeladen gewesen, wahrscheinlich unterbleiben. Sogar die Möglichkeit, daß die beiderseitigen Vorgesandten einen längeren Urlaub antreten könnten, wird erörtert, und wenn auch verantwortliche Personen von jeder Uebertreibung und allzu ernsthafte Auffassung abraten, so wäre es doch sehr bedenklich, die heutige Sachlage allzu leicht zu nehmen. — Dem ist entgegenzuhalten, daß der englische Botschafter in Berlin dem Grafen Bülow am Dienstag ein Gastmahl gegeben hat, an dem 30 Personen teilnahmen.

\* In der Geheimmittelfrage steht nunmehr die Entscheidung bevor. Im Reichsgesundheitsamt sind von einer Kommission die Geheimmittellisten behufs endgültiger Beschlußfassung seitens des Bundesrats zusammengefaßt worden. Die Listen sollen sehr umfangreich ausfallen sein. Von der öffentlichen Ankündigung ausgeschlossen wurden etwa 110 Stoffe, außerdem noch 20 gänzlich verboten und nur 40 pharmazeutische Spezialitäten freigegeben.

\* Bei der Reichstags-Graswahl im Wahlkreis Siegburg-Waldbröl ist nach amtlicher Feststellung der Kandidat des Zentrums, Amtsrichter Dr. Becker gewählt worden.

## Oesterreich-Ungarn.

\* Wegen Unzulänglichkeit der Mittel, die derzeit zur Erhaltung des kaiserlichen Hofhalts zur Verfügung stehen, soll die Zivilliste des Kaisers um jährlich 2 Mill. Kronen erhöht werden. Man sieht, die Not der Zeit klopft auch an die Pforten des Kaiserpalastes; doch da weiß man sich einigermaßen zu helfen.

## Frankreich.

\* Präsident Douhet wird nach neueren Meldungen noch vor den Wahlen, Ende März oder Anfang April, in Begleitung Delcassés an Bord eines Kreuzergeschwaders nach Rußland reisen.

\* Die Wahlen kündigen sich schon von weitem an. In St. Etienne haben Waldeck-Rousseau und Millerand, in Remiremont Meline „große“ politische Reden gehalten.

\* Der japanische Staatsmann Ito hat seine Europareise beendet und von Marseille aus die Heimfahrt nach Japan angetreten.

## Italien.

\* Zur Enttarnung mancher Gegner Crispis werden Aufzeichnungen des Staatsmannes über Leben und Thaten mehrerer hervorragender Parlamentarier insbesondere über Witten und finanzielle Unterstützungen dienen. In politischer Hinsicht gibt das Tagebuch Crispis überraschende Aufschlüsse über seine Beziehungen zu Deutschland und Oesterreich-Ungarn; es enthält auch Urteile Bismarcks und Caprivis. Drei umfangreiche Briefe endlich enthalten bedeutsames Material über drei Politiker, welche seiner Zeit den Feldzug gegen Crispi leiteten.

## Belgien.

\* Ueber die Aussichten der Zuckerkonferenz macht man sich nirgends Illusionen mehr. Unschonend stehen nur noch zwei oder drei Sitzungen rein formellen

Charakters bevor. Das wichtigste Hindernis einer Einigung scheinen auch diesmal die Instruktionen der französischen Delegierten gewesen zu sein.

## Rußland.

\* Die Russische Regierung Finnlands wird unaufhaltsam fortgesetzt. So ist wieder die Anhebung der finnischen Telegraphenagentur für den 1. Februar angeordnet.

## Amerika.

\* Während das Repräsentantenhaus in Washington sich fast einstimmig für den Nicaragua-Kanal ausgesprochen hat, ist im Senat die Stimmung für den Panama-Kanal im Wachen.

\* Aus dem interessantn Venezuela erfährt man nicht viel, insbesondere nicht, wie die Verhandlungen mit Deutschland stehen. Aufständische sollen an mehreren Punkten des Landes Waffen gelandet haben, ohne daß die „Kriegsschiffe“ des Präsidenten Castro dies zu verhindern vermochten.

## Afrika.

\* Die Versuche de Wetts, nach dem Süden weiter vorzudringen, scheinen Erfolge zu haben. So überschritt er kürzlich die Eisenbahnlinie bei Kronstadt, nach einer Neuentdeckung soll er wieder zurückgezogen sein. Man fürchtet aber, daß er den Versuch erneuern wird. Einen Trost gegenüber den Aktionen des Aufständers finden die Engländer in der Meldung, daß Oberst Wing 20 Meilen nordwestlich von Ermelo ein Burenlager überfallen haben soll. Unter den 42 Gefangenen, die, wie weiter behauptet, dabei gemacht worden sind, sollen sich Major Wolmarans, Kapitän Wolmarans und Leutnant Malan, alle drei von der Staatsartillerie, befinden.

\* Der kürzlich von dem General Mhwen gefangen genommene Burenführer Liebenberg, der des „Morde“ an Leutnant Neumeier angeklagt war, ist hingerichtet worden.

## Asien.

\* Die Gesandten in Peking werden in einigen Tagen in Audienz empfangen. Bis dahin werden wahrscheinlich die Schwierigkeiten in betriebliger Weise gehoben sein, die durch die Weigerung des französischen Gesandten Beau, sein Beglaubigungsschreiben zu überreichen, entstanden sind. Das Vorgehen Beaus ist in der Absicht geschehen, das französische Protektorat über die katholischen Missionen in Verbindung mit der vor kurzem erfolgten Ermordung von zwei Missionaren in Kansu und der noch nicht geregelten Frage des Missionswesens in der Mandchurei zu vertreten.

## Aus dem Reichstage.

Der Reichstag setzte am Montag die erste Staatsberatung bei fast leerem Hause fort. Es beteiligten sich an der Debatte außer den Regierungsvertretern die Abgg. Siedemann und Arenst (freisinnl.), Werner (Antil.), Siedler (libl.), Hesse (nat.-libl.), Hahn (Ab. d. L.) und Hermes (fr. Vp.), die aber Neues nicht mehr zur Sprache brachten.

Am 14. d. wird die Staatsberatung fortgesetzt.

Abg. Sattler (nat.-libl.) hält gegenüber den Ausführungen des Fürsten Modjwil seine Ausführungen vom Dezember über die ruffinischen Schulverhältnisse voll aufrecht, zumal seine damaligen Behauptungen von den getrigen Ausführungen sicherlich gar nicht getroffen wurden. Sodann wendet er sich gegen den Abg. Bachem über das Recht und den Wert historischer Forschungen von katholischen Professoren. Einig seien sie beide darin, daß für Professoren-Berufungen nur die wissenschaftliche Tüchtigkeit ausschlaggebend sein solle. Spahn übertrage an wissenschaftlicher Tüchtigkeit die große Mehrzahl der anderen Geschichtsforscher. Der Widerstand, den letzterzeit die katholische Kirche gegen Galilei geleistet habe, sei nichts anderes gewesen als der Kampf gegen eine damals neue Weltanschauung, der auch von Galileis Fachgenossen geführt wurde.

Abg. Bachem (Zentr.) bemerkt, es habe ihm ferngelegen, den Vordränger persönlich anzugreifen. Habe etwa der heutige Katholizismus keine wissenschaftlichen Leistungen aufzuweisen? Man denke nur an den jetzigen Paph, der auch protestantische

Gelehrte zu den botanischen Archiven zuleite. Es gebe in Deutschland hervorragende katholische Historiker. Die wissenschaftliche Freiheit eines katholischen Historikers sei in keiner Weise beschränkt. Falls in Straßburg weiter gehandelt werde wie bisher, würde es sich das Zentrum sehr überlegen, ob es weiterhin den Reichszuschuß für die Universität bewilligte.

Abg. Stettler (Gf.) führt die geringe Anzahl katholischer Studenten an der Straßburger Universität darauf zurück, daß diese als eine Vorburg des Protestantismus gelte.

Abg. Schlumberger (Gf., nat.-libl.) bemerkt, daß er seinem Freund Sattler abgeraten habe, den Fall Spahn hier zur Sprache zu bringen. Die Verhältnisse in Loth-Bohringen fingen allmählich an, sich in ruhigeren Bahnen zu bewegen. Da müsse man solchen gefährlichen Brennpunkt fernhalten. Von der Universität Straßburg hielten sich einheimische Protestanten und Katholiken in gleicher Weise fern. Das liege daran, daß es in den Reichsländern verschiedene Deutschtüme gebe. Nebst nimmt dann die Syndikale als deren überzeugter Anhänger in Straß, obwohl er großer Kohlen- und Petroleumkonsument sei.

Abg. Schrader (fr. Vgg.) tadelt bei der Verurteilung Spahns, daß ihm die äußerliche Unterordnung unter die Lehren der katholischen Kirche aufgegeben und dann an ihn die unerfüllbare Forderung gestellt sei, diese katholische Anschauung mit der brandenburgisch-preussischen in Einklang zu bringen.

Abg. Müller-Meinigen (fr. Vp.) bemerkt zu dem Falle Spahn, daß die Konfessionalität der Wissenschaft immer der Totengräber der freien Wissenschaft sei. Die Bewegung richtet sich keineswegs gegen den Katholizismus. Der Grund der Ueberzahl der protestantischen Professoren ist doch einzig darin zu suchen, daß es keine oder nur sehr wenige katholische Gelehrte gab, die berufen werden konnten.

Abg. Grabnauer (soz.): Der Reichskanzler hat behauptet, Bebel hätte die deutschen Soldaten beleidigt. Er wollte Stimmung machen gegen den inneren Feind, weil ihm angst wurde vor der äußeren Politik, nachdem er von englischer Seite so hart angelassen war. Bebel wollte nur nachweisen, daß in jedem Kriege, auch wider den Willen der Anführer, von den Soldaten Dinge geschehen, die mit der Humanität im Widerspruch stehen. Auch manche Maßregeln im Kriege von 1870 sind mit dem Völkerrecht nicht in Einklang zu bringen. Chamberlain hat in Birmingham allerdings die Unwahrheit gesagt, wenn er behauptete, daß das englische Heer in Südafrika jeder Arme als Muster der Humanität dienen könnte. Ich muß aber unsere Regierung derselben Verurteilung für schuldig erklären wie den englischen Minister. Die Begegnung der astronomischen Instrumente widerspricht den Bestimmungen des Völkerrechts. Der Reichskanzler hat die Humenbriefe als Schmurrpfeiler bezeichnet, ein anderer Regierungsvertreter hat von einer Humenbrief-Fabrikation gesprochen. Gegen diese Auffassung müssen wir protestieren. Von den Spitzbriefen ist nicht einer in die Öffentlichkeit und in die sozialdemokratische Presse gelangt. Wie war es möglich, daß die Adressen verloren gegangen sind? Welche Rolle spielt Herr Nordmann-Schumann in dieser Sache? Man will ihn in Berlin gesehen haben, und es ist nicht ausgeschlossen, daß er dem Kriegsministerium das Material geliefert hat. Nur über einen einzigen Humenbrief hat eine wirkliche Untersuchung stattgefunden, aber den Brief, dessen Inhalt Herr v. Jellischk's Behauptung wegen Soldatenverhandlungen herbeiführte. Wir sind durchaus nicht gegen eine Weltpolitik, sondern nur gegen eine unvernünftige Weltpolitik, wie sie die Regierung macht.

Staatssekretär Graf Posadowsky führt gegenüber dem Abg. Schlumberger aus, die Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Kinderarbeit seien von den bürgerlichen Parteien beschloffen worden. Die Regierung werde in bejournener Weise das Werk der Sozialpolitik fortführen und sie hoffe dabei auf die Mitwirkung des Reichstags.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antil.) wendet sich gegen die Art, wie die Presse seine Staatsrede kritisiert habe. Er sei nicht über die Grenzen hinausgegangen, die im Hause erlaubt seien, als er die englische Arme kritisierte auf Grund amtlicher englischer Nachrichten. Er frage nochmals: Hat die deutsche Regierung Krupp die Einfuhr von Kriegsmaterial nach England-Südafrika gestattet, nach dem Drang-Freistadt aber verboten? Diese Frage hat der Staatssekretär des Auswärtigen nicht beantwortet. Die Engländer sind mit der Antwort des Kanzlers auf meine Rede noch nicht zufrieden und die englische Presse meint, er hätte mich ganz anders abtanzeln müssen. Welche Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse! Der Kanzler wollte und konnte mich gar nicht zu recht werden. Das wäre ein Eingriff in die Rechte des Präsidenten gewesen. Die diplomatische Beurteilung des Kanzlers, so dankenswert sie war, genügte

unerfahren, wie ich damals war, aufs nachdrücklichste. Ich beand mich seitdem in einem Zustand nervöser Reizbarkeit und habe hierdurch Ihnen gegen meine Person gefaßten Verdacht unbewußt herbeigeführt. Ob Sie demselben nach dieser Erklärung eine weitere Folge geben wollen, das mögen Sie mit Ihrem Gewissen ausmachen.

Der Beamte hatte den jungen Mann währenddessen aufmerksam betrachtet und überlegte, welchen Wert er dem Vorgebrachten beimessen sollte. Vielleicht stand ihm ein Mittel zu Gebote, hierüber ins Reine zu kommen. — Nach entfaltete er auf seinem Schreibtisch die Teile jener Empfangsbestätigung, welche ihm gestern von unbekannter Seite zugegangen waren. — Wußten Sie es bereits, daß von dieser Urkunde, die Ihnen bei Ihren Vernehmungen vorgezeigt wurde, eine täuschend ähnliche Nachbildung existiert? — fragte er dann, den andern plötzlich scharf ins Auge fassend. — „Ja!“ entgegnete dieser unbesonnen. — „Ich bin sogar berenigt, welcher sie Ihnen übermitteln hat.“ — „Sie selbst? Woher stammt das Duplikat und warum hielten Sie es für nötig, mich in dessen Besitz zu setzen?“ — „Nur Jäger berichtet hierbei ein lebhaftes Geschehen.“ — „Ich war zugegen, als es in unserem Hause hinter dem Gelbbrant aufgefunden wurde und eignete es mir an, um es vor neugierigen Blicken zu bewahren. Nachdem ich die Gewißheit erlangte, daß Sie sich gegenwärtig mit der

wohl für England, aber nicht, um das Sicherheitsventil im Lande zu öffnen.

Staatssekretär des Auswärtigen v. Michelen: Was die Krupp-Angelegenheit betrifft, so beruhen die Nachrichten darüber auf Unwahrheit. Es ist kein Ausfuhrverbot von unserer Seite erlassen worden, und die Firma konnte daher liefern, an wen sie wollte. Von einer Begünstigung oder Nichtbegünstigung unsererseits kann also nicht die Rede sein.

Abg. Schumberger hält daran fest, daß die Gewerbeordnung in ihren Folgen die guten Absichten des Gesetzgebers hinsichtlich der jugendlichen Arbeiter zerschüt habe.

Damit schließt die erste Beratung. Auf Antrag von Mitgliedern aller Parteien, einschließlich der Sozialdemokraten, wird ein Teil des Etats an die Budgetkommission verwiesen, der größere Teil aber der Plenarberatung vorbehalten.

## Preussischer Landtag.

Am Montag beschäftigte sich das Abgeordnetenhaus mit den von den Nationalliberalen und den Polen eingebrachten Interpellationen betr. die Polenfrage. Nachdem die Abgg. Sobrath (nat.-libl.) und v. Jagowski (Polen) die Begründung erliegt, erklärte in seiner Antwort Ministerpräsident Graf Bülow, daß die Brechener Vorgänge nicht etwa durch ein Organ der Staatsregierung, sondern durch planmäßige Agitation und Verhetzung veranlaßt wurden. Grausamkeit kenne die Regierung nicht, und daß sich die übrigen nur in mäßigen Grenzen erfolgten körperlichen Ausschreitungen nicht mehr wiederholen sollen, dafür seien die nötigen Anordnungen erlassen. Die Regierung betreibe in Polen weder eine Germanisierungspolitik, noch sei sie beabsichtigt, die katholische Religion zu unterdrücken. Aber hier handele es sich um eine nationale Frage, und darin verhehe er keinen Spahn. Die polnische Agitation gewinne eine unheimliche Ausdehnung, deutscher Besitz gehe in polnische Hände über, deutsche Arbeiter und Handwerker würden planmäßig kooptiert; solchen Verheerungen müsse mit aller Macht entgegengetreten und das Deutschtum im Osten mit allen Mitteln geschützt werden.

Die Debatte über die beiden Polen-Interpellationen wurde am Dienstag im Abgeordnetenhaus fortgesetzt. Abg. Sieg (nat.-libl.) billigte im wesentlichen die vom Ministerpräsidenten in Aussicht gestellten Maßnahmen. Im gleichen Sinne sprach sich der Abg. v. Tiedemann (freisinnl.) aus. Gegen die Ausführungen des Abg. v. Garlinski (Polen), der in bereiteter Weise die Unterdrückung der Polen zu bewirken bestrebt war, wandte sich Minister Frhr. v. Hammerstein, um den bereits bekannten Standpunkt der Regierung nochmals zu präzisieren. Abg. Kopff (fr. Vp.) unterzog die vom Ministerpräsidenten erwähnten Maßnahmen des Polenvertrages einer Kritik und trat namentlich dafür ein, daß der deutschen Volksschule im Osten eine größere Förderung zu teil werden müsse.

## Von Nah und Fern.

### Kanonenkönig Krupp als Steuerzahler.

Geherrnat Krupp in Gese: versteuert nach der neuesten Steuerstatistik ein Einkommen von 20 bis 21 Millionen Mark für das Jahr, während er im Jahre 1900 15—16 Millionen und 1899 „nur“ 12 bis 13 Millionen Mark versteuerte.

Ueber die Entschädigung für Eisenbahn-Unfälle ergibt eine Zusammenstellung des preussischen Eisenbahnministeriums, daß im Jahre 1900 die einmaligen Abfindungen einschließlich der Kosten des Heilverfahrens und der Verdioigung 849 694 Mk., die fortlaufenden Zahlungen 2 740 086 Mk. betragen haben, zusammen 3 589 780 gegen 3 900 377 Mk. im Jahre 1899 und 4 901 370 in 1898.

Mordprozeß Jänike. Der „Arbeiter“ Jänike in Berlin, der die Frau seines Freundes Mithide ermordet und beraubt hatte, wurde nach dreitägiger Verhandlung zum Tode verurteilt. Gegen seinen Komplizen Steinede wurde wegen Beihilfe zum schweren Raube, Begünstigung und Hehlerei auf 6 Jahr Zuchthaus erkannt.

Eine schwere Grubenkatastrophe ist Dienstag mittag in dem Jupiter-Schacht zu Brüg durch einen Wassereintrich herbeigeführt worden. Von 116 Mann der Besatzung wurden 43 vermißt, darunter der Betriebsleiter, Ingenieur Seemann, und zwei Aufsichtsbearbeiter. Der Jupiter-Schacht war wegen hohen Wasserstandes vor Dienstag abend nicht zugänglich, so daß über das Schicksal der im Schacht Eingekerkerten zur Zeit nichts Bestimmtes bekannt ist.

Sache abgeben, erachtete ich es für zweckmäßig, Ihnen das Papier zur Verfügung zu stellen.“

„Sahen Sie diese Ausfertigung zum ersten Mal, als Sie bei jener Gelegenheit zum Vorschein kam?“ forschte der Rat wiederum.

„Gewiß!“ antwortete Olaf. „Ich muß mir jedoch auch in diesem Betreff jede genauere Auskunftserteilung für später vorbehalten und habe deshalb die Zufindung auf solchem Wege bewirkt, ohne ein Gutachten beizufügen. Die Bedeutung des Fundes zu ermessen, überlasse ich einwilligen Ihnen und dem Gericht, dem Sie diese Fragmente wohl einhändigen werden. — Jetzt aber dürfte das, was mich zu Ihnen geführt hat, für heute erledigt sein, und ich bitte zu gestatten, daß ich mich zurückziehe.“

Mit diesen Worten verbeugte er sich und verließ das Bureau.

Wiederum einige Tage später hatten Olaf und Olaf Binstrom in der Wohnstube des Oekonomiegabäudes soeben die Durchsicht der auf die Güterverwaltung bezüglichen Rechnungen vollendet, deren Revision Olaf durch Frau von Ahlburg übertragen worden war.

„Alles stimmt aufs genaueste, wie Sie sich überzeugen konnten“, bemerkte der Verwalter, das Buch zuklappend. „Bei mir muß das immer so sein. Herr von Ahlburg kümmerte sich blutwenig um Geldgeschäfte, und ich war deshalb von jeher genötigt, diese allein in striktester Ordnung zu halten. Jetzt freilich scheint man es für erforderlich zu erachten, daß man mir auf die Finger schaut, obwohl ich nicht weiß, wodurch ich dies verschuldet habe.“

## Die Tochter des Herkermeisters.

147 Roman von Karl v. Reikner.

(Fortsetzung.)

Nat Jäger blühte den Sprechenden verumbert an. Diese Redeweise glich ja fast einer Herausforderung. War dies denn wirklich der Lichtschein, ihm stets ausweichende Olaf Binstrom? — Es war ihm, als seien die Rollen plötzlich vertauscht worden, und als wolle jener ihn selbst zur Rechenschaft ziehen, anstatt vor eigener Verantwortung zurückzuschrecken.

„Wollen Sie sich gefälligst daran erinnern, Herr Rat, daß Sie bereits verbreiteten, es sehe mir eine Beihaltung bevor?“ wendete der junge Oekonom sehr bestimmt ein, wodurch er Gemths Bräutigam in eine kaum zu verbergende Verlegenheit brachte.

„Ein solches Gerücht zu verbreiten, wie Sie sich ausdrückten, konnte mir nie in den Sinn kommen“, sagte dieser. „Wenn beratiges zu Ihrer Kenntnis gelangte, so wäre das unbedingt nur die mir außerordentlich unliebsame Folge eines vertraulichen Meinungsaustausches unter Nahestehenden. Sie wissen, daß ich nicht mehr Untersuchungsrichter bin und niemand seine Freiheit entziehen kann.“

„Allerdings!“ gab Olaf zur Antwort. „Dies schließt aber nicht aus, daß Sie die Sache neuerdings in Anregung zu bringen und Ihrem Nachfolger — sagen wir als Zeuge — Anhaltspunkte an die Hand geben, was Ihnen in Ihrer Stellung um so leichter wird. Wenn das frühere Verfahren unter Ihrer Mitwirkung nicht zum richtigen Resultat gelangt ist —“

„Erlauben Sie mir, eine Frage hier einzuschalten“, unterbrach ihn der Rat. „Was gibt Ihnen die Berechtigung zu dieser Annahme?“

„Meine persönliche Ueberzeugung von der Unrichtigkeit der gefällten Semenz und Ihre neuerlichen Schritte, die hiermit im Einklange stehen“, erwiderte Olaf kaltblütig.

„Und welche Gründe haben Sie für diese Ueberzeugung?“ forschte der andere wieder.

„Nachdem Sie zugestanden haben, daß Sie mir nicht als Richter, sondern als Privatperson gegenüberstehen, finden Sie es wohl begreiflich, wenn ich die Zukunft hierüber ablehne, bis ich amtlich dazu veranlaßt werde“, vertehrte Binstrom.

„Das steht Ihnen frei“, gab Nat Jäger zu. „Nur sehe ich nicht ein, weshalb Sie mich dann mit Ihrem Besuche beehren.“

„Sie Sie mir Ungelegenheiten verursachen, was Ihnen unter den obwaltenden Verhältnissen immerhin in ausgiebigem Maße gelingen könnte, wollte ich Sie warnen, Herr Rat, nicht zum zweiten Male ein schuldloses Haupt mit der schwersten Anklage zu bedrohen“, erklärte Olaf. „Ich möchte Sie deshalb erlauben, sich durch mein bisheriges, vielleicht allzu zaghaftes und zurückhaltendes Benehmen nicht zur solchen Voraussetzung verleiten zu lassen, daß ich für mich selbst etwas zu befürchten hätte. Dies ist keine Frage der Fall, aber die plötzliche Auffindung der blutigen Leiche meines Verwandten und die sie begleitenden Umstände, die Bedenken, ob ich bei den wiederholten Verhören in meinen eiblichen Aussagen nicht veräummte, und sonstige Aufregungen erschütterten mich, jugendlich und

unerfahren, wie ich damals war, aufs nachdrücklichste. Ich beand mich seitdem in einem Zustand nervöser Reizbarkeit und habe hierdurch Ihnen gegen meine Person gefaßten Verdacht unbewußt herbeigeführt. Ob Sie demselben nach dieser Erklärung eine weitere Folge geben wollen, das mögen Sie mit Ihrem Gewissen ausmachen.“

Der Beamte hatte den jungen Mann währenddessen aufmerksam betrachtet und überlegte, welchen Wert er dem Vorgebrachten beimessen sollte. Vielleicht stand ihm ein Mittel zu Gebote, hierüber ins Reine zu kommen. — Nach entfaltete er auf seinem Schreibtisch die Teile jener Empfangsbestätigung, welche ihm gestern von unbekannter Seite zugegangen waren. — Wußten Sie es bereits, daß von dieser Urkunde, die Ihnen bei Ihren Vernehmungen vorgezeigt wurde, eine täuschend ähnliche Nachbildung existiert? — fragte er dann, den andern plötzlich scharf ins Auge fassend. — „Ja!“ entgegnete dieser unbesonnen. — „Ich bin sogar berenigt, welcher sie Ihnen übermitteln hat.“

„Sie selbst? Woher stammt das Duplikat und warum hielten Sie es für nötig, mich in dessen Besitz zu setzen?“

Nat Jäger berichtet hierbei ein lebhaftes Geschehen.

„Ich war zugegen, als es in unserem Hause hinter dem Gelbbrant aufgefunden wurde und eignete es mir an, um es vor neugierigen Blicken zu bewahren. Nachdem ich die Gewißheit erlangte, daß Sie sich gegenwärtig mit der